

2 BvR 2576/11 vom 17.01.2013

Beigesteuert von
Mittwoch, 16. Januar 2013

Die Beschwerdeführerin â€“ eine Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Frankfurt am Main â€“ wendet sich gegen die Verwaltung des EDV-Netzes fÃ¼r den...

Die Beschwerdeführerin â€“ eine Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Frankfurt am Main â€“ wendet sich gegen die Verwaltung des EDV-Netzes fÃ¼r den Rechtsprechungsbereich des Oberlandesgerichts durch die Hessische Zentrale fÃ¼r Datenverarbeitung (HZD) und beantragt die Zulassung zweier Vertreter als BeistÃ¤nde. Sie ist im Wesentlichen der Ansicht, die Eignung des EDV-Netzes zur uneingeschrÃ¤nkten elektronischen Ãœberwachung ihrer Arbeit verletze ihre richterliche UnabhÃ¤ngigkeit aus Art. 33 Abs. 5 in Verbindung mit Art. 97 Abs. 1 GG und verstoÃŸe gegen â€“das verfassungsrechtliche Gebot organisatorischer SelbstÃ¤ndigkeit der Gerichteâ€œ aus Art. 20 Abs. 2 Satz 2, Art. 92 und Art. 93 GG.

Lesen Sie mehr in der Original-Quelle ...